

In der Welt herum

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Vorkämpferin : verfocht die Interessen der arbeitenden Frauen**

Band (Jahr): **5 (1910)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kranken- und Unfallversicherung, die Revision des Fabrikgesetzes usw.

Darum Arbeit in Hülle und Fülle für unsere eidgenössischen Räte, Arbeit in Hülle und Fülle vor allem für die Arbeiterschaft, die schon längst als einzige Rettung aus all den bestehenden finanziellen Schwierigkeiten (Geldnöten) unseres Staatshaushaltes erkannt hat die Verwirklichung des

Proporz,

jenes gerechten Wahlverfahrens, das auch den politischen Minderheiten in Behörden und Parlament die ihnen gebührende Vertretung gewährleistet. Der Proporz ist der sicherste Rettungsanker, der das schweizerische Staatsschiff vor Schiffbruch bewahren wird.

*

Die Frau als Ausbeutungs- und Sparobjekt im Bundesbahndienst.

Damit die „großherzigen“ Lohnaufbesserungen im neuen Befoldungsgesetz der Bundesbahner die Mehrausgaben unnötig machen, sollen die bisherigen Bahnwärter auf den Bahnstrecken Derikon-Niederglatt-Buchs usw. laut einem Inserat im Wehntaler durch — Wärterinnen ersetzt werden. Der Maximalgehalt betrug bisher pro Jahr die „horrende“ Summe von Fr. 1600.— Die Barrierenwärterinnen werden die gleichen Dienstleistungen für Fr. 1.50 bis Fr. 3.— pro Tag besorgen.

Den Frauen und Müttern zu weiterem Nachdenken.

Wie das Kapital seine Arbeitsbienen belohnt, zeigt das nachfolgende Schreiben der Schweiz. Lokomotiv- und Maschinenfabrik Winterthur an einen ihrer Arbeiter kurz vor Weihnachten:

Herrn H. H.

Wir sind leider genötigt, Ihnen die Mitteilung zu machen, daß wir Ihnen Ihre Stelle bei uns kündigen müssen, da Ihnen Ihr Gesundheitszustand die Ausübung Ihres Berufes wohl kaum mehr gestattet.

Achtungsvoll

Schweiz. Lokomotiv- u. Maschinenfabrik.

Die Direktion: Weber.

Nur der Weg der Selbsthilfe wird das arbeitende Volk vor der Not und Verzweiflung des Alters bewahren. Nachfolgende dem „Grütlianer“ aus Lausanne zugegangene Korrespondenz berichtet über einen ersten derartigen Versuch.

Nicht mehr zwischen Grab und Armenhaus.

Die größte Sorge für den denkenden Proletarier bilden die Gedanken an seinen Lebensabend. Sein Einkommen für die seinen Mitmenschen geleistete Arbeit reicht ja kaum hin, sich und den Seinen das Nötigste zu kaufen. Wie soll es ihm da möglich sein, noch so viel auf die Seite zu legen, um in jenen Tagen, wo die Augen, die Hände oder die Füße die harte Arbeit nicht mehr recht verrichten können, daraus sein Leben zu fristen? Der Gedanke, nachdem man lange als Arbeiter seine Pflicht immer treu erfüllt hat, seine letzten Lebensjahre freudlos und verachtet im Armenhaus zubringen oder von schmalen Beiträgen der Armenbehörde leben zu müs-

sen, die zum Leben nicht und zum Sterben nur halb reichen, ist furchtbar hart.

Wenn man nun bedenkt, daß auch bei uns den meisten Arbeitern diese trübe Tatsache bevorsteht, dann muß man der Schweiz, die in allen Beziehungen immer so mustergültig dastehen will, ein trauriges Zeugnis ausstellen, denn ihre höchsten Behörden haben nicht so viel Rückgrat, dafür zu sorgen, daß es mit einer schweizerischen Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung etwas vorwärts geht. Der Staat, der das ganze Volk schützen sollte, unterstützt noch die Brutalität und die Geldgier der Materialisten.

Um so mehr wissen wir es daher zu schätzen, daß der Verband schweizer. Konsumvereine dieses Jahr in vorbildlicher Weise eine Invalidenversicherung ins Leben gerufen hat, die, wenn auch leider nur einen winzig kleinen Teil des Volkes, seine und die Angestellten der beigetretenen Verbandsvereine vor dem Armenhause schützen will. Wir zollen aber auch Anerkennung denjenigen Konsumvereinen, welche in verdankenswerter Weise die Entrichtung der ganzen oder halben Prämie ihres Personals auf sich genommen haben. Die Karenzzeit dieser Versicherung beträgt fünf Jahre. Nach Ablauf dieser Frist wird dem Versicherten bei allfällig eintretender Invalidität, je nach den einbezahlten Prämien, 20, 30 oder 40 Prozent des zuletzt bezogenen Gehaltes ausbezahlt, jedes Jahr um 1 Prozent steigend, so daß ein Versicherter nach sechs Jahren laut Tarif III 41 Prozent bekäme, usw.

Einzelne Vereine (worunter auch Lausanne) haben die Karenzzeit für alle versicherten Angestellten ausgeschaltet, so daß die Versicherung für diese schon nach der ersten Prämienzahlung in Wirksamkeit tritt.

In der Welt herum.

Vom deutschen und österreichischen Parteitag.

Sowohl der deutsche wie der österreichische Parteitag, die vergangenen Herbst getagt — der deutsche am 12. September in Leipzig, der österreichische in der zweiten Hälfte des September in Reichenberg — brachten den Frauen innerhalb der Partei die vollste Anerkennung und Zustimmung ihrer Gleichberechtigung mit den Männern.

An beiden Parteitagen wurde

das Parteistatut

einer Neuregelung unterzogen.

In Deutschland, wo die Frauen seit der Erweiterung des Vereinsgesetzes politischen Vereinen angehören dürfen, ist die politische Organisation der Männer und Frauen eine gemeinsame. Die Frauen gehören den neugegründeten Vereinen an und sind gleich den Männern Mitglieder. Eine wichtige Frage war ihre Vertretung in den einzelnen Parteistatuten. Viele Vereine — heute sind es bereits 350 Ortsvereine — haben dieses Begehren berücksichtigt. Dem Parteivorstande gehört seit einem Jahre Genossin Zieg als weibliche Delegierte an, trotzdem kein solches durch das Parteistatut festgesetztes Recht zu Kraft bestand.

Der Parteitag in Leipzig

erhob ferner zum Beschluß, daß in allen Ausschüssen des ganzen Reiches und in allen Parteiinstanzen die Frauen auch vertreten sein sollen. Dadurch werden sie zur eifrigsten gemeinsamen Mitarbeit mit den Männern angeregt. Ihnen steht heute in wichtigen Fragen das Mitentscheidungsrecht zu. Dafür haben sie gleich den Männern die volle Verantwortung für alle Vorgänge in der Partei und vor der Öffentlichkeit zu tragen. Sie erhalten dergestalt eine politische Erziehung, wie nur die Leitung und Führung einer großen politischen Partei sie gewähren kann. Sie sind daher auch nicht mehr eine Partei in der Partei: sie sind Mitglieder mit vollständig gleichen Pflichten und Rechten.

Auch

der österreichische Parteitag

brachte den Genossinnen eine Erweiterung ihrer Parteirechte. Im Gegensatz zum österreichischen rückständigen Vereinsgesetz, das den „Frauenspersonen“ den Beitritt in politische Vereine verbietet, bestimmt das neue Organisationsstatut, daß die Mitgliedschaft bei einer auf Grund der Beschlüsse der Frauenreichskonferenz gegründeten Frauenorganisation die Zugehörigkeit zur Partei begründet. Es hat sich das Statut der politischen Frauenorganisation anzulehnen an die festgelegten Bestimmungen des Parteistatuts und darf ohne die Zustimmung der Reichsparteivertretung keine Abänderung vorgenommen werden. Durch diesen Beschluß gaben die österreichischen Genossinnen ihren Willen kund, in ihren Organisationen als zu den Genossen gehörend betrachtet zu werden und nicht als eine separate Organisation zu gelten. Nun die Frauenorganisationen als ein Glied der Parteiorganisation anerkannt werden, schwinden allmählich auch die Vorurteile der Genossen gegen die Organisation der Frauen. Schon seit zwei Jahren untersteht die Agitation unter ihnen dem Frauenreichskomitee. Während in Deutschland der Parteivorstand die erforderlichen Ausgaben aus der Zentralkasse bestreitet, gewährt die österreichische Parteivertretung dem Frauenreichskomitee eine Subvention und bezahlt die Sekretärin. In Zukunft werden von der Partei einheitliche für das ganze Land geltende Quittungsmarken ausgegeben für Männer und Frauen. Die Festsetzung des Beitrages für die weiblichen Mitglieder wurde jedoch den Beschlüssen der Frauenreichskonferenz überlassen, weil von Frauen, die auch gewerkschaftlich organisiert sind, eine kleinere Beitragsleistung gefordert werden soll als von solchen, die nur der politischen Organisation angehören. Das Parteistatut macht es allen Berufsarbeiterinnen zur Pflicht, einer Gewerkschaft anzugehören. Wenn gleich den Frauen nicht wie in Deutschland und in der Schweiz in die Organisationen der Männer freier Zutritt gewährt ist, so ist ihre Arbeit in den Freien Organisationen doch eine mit den Männern gemeinsame. Das neue Parteistatut bestimmt, daß Frauen als Delegierte in alle Vertretungskörper der Partei entsendet werden müssen.

So wurde trotz der durch das bestehende Vereinsgesetz geforderten Sonderorganisation doch die Gleichberechtigung der Frauen in weitestgehender Weise von den Genossen anerkannt und wird inskünftig als etwas natürliches und selbstverständliches aufgefaßt werden.

Diese Anerkennung haben sich die deutschen wie die österreichischen Genossinnen durch ihre Arbeit im Dienste der Partei erworben. Denn die beste Propaganda für die Gleichberechtigung der Frauen ist ihre Arbeit, durch die sie allein die Vorurteile der Männer zu besiegen vermögen. Drum auf an die Organisationsarbeit, ihr Schweizer Genossinnen, damit auch euch die reichen Früchte eurer agitatorischen Tätigkeit dereinst in den Schoß fallen!

Reformen im Wiener Findelhaus.

Das Wiener Findelhaus wurde zur Zeit des Kaisers Josef gegründet und seine Organisation hat natürlich den modernen Anforderungen und dem modernen Empfinden in mancher Beziehung nicht genügt. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn nun Reformen vorgenommen werden. So ist vor allem eine Bestimmung, die wirklich unserem modernen Empfinden geradezu ins Gesicht schlägt, aufgehoben worden. Bisher konnten Frauen in jenen Abteilungen, wo gezählt wird, in der Maske gebären. Sie kamen verhüllt in die Gebäranstalt, behielten auch während der Geburt die Maske vor dem Gesicht und verließen nach der nötigen Schonzeit wieder die Anstalt. Sie mußten nur eine sehr geringe Taxe von 110 Gulden hinterlegen, aus welcher Summe dann die Erhaltung des Kindes bestritten wurde. Mit dem Gelde wurde in einem geschlossenen Kouverter der Name des Kindes, sowohl der Tauf- als auch der Familienname bekannt gegeben, dann brauchte sich die Mutter nicht mehr um das Kind zu kümmern. Vergeblich haben die Gerichte auf das Ungeheuerliche dieser Bestimmung hingewiesen; fast keine dieser Mütter gab ihren Namen bekannt. Erst jetzt ist diesem Unfug ein Ende gemacht und jede Frau muß ihren Namen angeben, wenn sie in der Anstalt aufgenommen werden soll. Dadurch wird vor allem verhütet, daß die Töchter aus reichen und vornehmen Häusern ihre unehelichen Kinder um das Erbrecht auf ihre großen Vermögen bringen können.

Eine weitere Wohlthat für die Findlinge besteht darin, daß ihnen an den Orten, wo sie untergebracht werden, ärztliche Hilfe auf Kosten der Anstalt gewährt werden muß. In verschiedenen Teilen des Landes wurden Bauernwirtschaften gekauft, bestehend aus einem Haus, Stallungen und vier Joch Boden. In diesen wurden Familien installiert und ihnen zehn Kinder verschiedenen Alters und Geschlechtes zur Erziehung übergeben. Diese Einrichtung hat gewiß vieles an sich, das Bedenken erregen könnte. Vor allem bringen zehn Kinder und eine Bauernwirtschaft so große Arbeit, daß die Erziehung der Kinder nicht gewissenhaft beaufsichtigt werden kann. Auch riecht gerade diese Institution sehr nach